

12D 08/09 Klausur 2 PARTEIEN

Planung und Vorbereitungstexte

				Hausaufgabe zur nächsten Stunde
Wo 4	Mo	19.01.09	HA Sozialreport (Bezüge zu Parteien) Bürgerinitiativen CD + Text	
	Mi	21.01.09	BI Bespr d Hausaufgabe // Verteilen der Texte aus dem Reader	
Wo 5	Mo	26.01.09	Bearbeitung der Texte 1, 2, 3 ...	
	Mi	28.01.09	KLAUSUR 2	
Wo 6	Mi		Ref. Inken u. Cornelia	
Wo 7	Mo		Beginn Wirtschaft	

(Diese Texte sind aus dem Reader und dort gelb unterlegt – Einige interessante Stellen sind grau unterlegt.)

TEXT 1

- 5 Wo die Parteien ratlos schweigen, gibt die NPD eine antidemokratische und rassistische Antwort auf die soziale Frage, und sie gibt die Antwort genau dort, wo die Politik angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Hartz IV eine Vertretungslücke hinterlassen hat: in einem rechten Protestmilieu aus Unterprivilegierten und gesellschaftlichen Verlierern. Die NPD geriert sich als Sprachrohr jener Menschen, die von der Zivilgesellschaft, der Politik und den Medien längst nicht mehr erreicht werden. Und sie bestärkt jene, die teils wohl kalkuliert, teils alkoholisiert zuschlagen, wenn sie auf Ausländer oder Andersdenkende stoßen.
- 10 Die Politik reagiert auf diese Herausforderung hilflos. Sie weiß nicht mehr, was sie tun soll, sie reaktiviert die NPD-Verbotsdebatte, obwohl sie damit in Karlsruhe schon einmal gescheitert ist und obwohl die Hürden für ein Parteiverbot durch das Bundesverfassungsgericht fast unüberwindlich hoch sind. Sie finanziert Sonderprogramme gegen Rechts, die angesichts des Problemdrucks nur Alibi sind. Was sollen ein paar Dutzend zivilgesellschaftliche Berater und viele gut gemeinte Veranstaltungen schon ausrichten angesichts der Tatsache, dass fast jede Kommune in Ostdeutschland - aber
- 15 nicht nur dort- sich inzwischen mit dem Problem herumschlägt? Das Geld verpufft, weil es diejenigen nicht erreicht, die sich von der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen und für die *Zivilgesellschaft* ein Fremdwort ist.

Es wird also höchste Zeit, den Kampf gegen den Rechtsextremismus vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dazu gehört es erstens, mit ihm leben zu lernen. Es gibt in unserer Gesellschaft einen Bodensatz von antidemokratischen und ausländerfeindlichen Einstellungen, der schon seit Jahrzehnten je nach Umfrage zwischen zehn und zwanzig Prozent

20 der Bevölkerung liegt. Diesen kann man nicht verbieten und auch nicht wegdiskutieren.

Zweites muss sich die Gesellschaft den Milieus zuwenden, aus denen die NPD erfolgreich ihre Wähler rekrutiert und in denen die rechten Schläger auf klammheimliche Freude stoßen. Statt einer Kultur der Ausgrenzung braucht es eine Kultur der Anerkennung - nicht der Weltbilder und auch nicht der NPD, aber der Menschen, die den Rattenfängern hinterherlaufen. Dafür müssen die Integrationspotentiale der Gesellschaft mobilisiert und die abgebrochenen

25 Kommunikationsbrücken wieder hergestellt werden. Nicht auf Demonstrationen von Gutgesinnten und wohlfeilen Festveranstaltungen, sondern dort, wo doch sich die rechte Dominanzkultur ausbreitet: in Eckkneipen, auf Sportplätzen und in Jugendclubs. Das heißt aber auch, Politiker müssen lernen, mit Rechten zu reden. Sie müssen lernen, den Ideologen und ihren Diskursen zu widersprechen. Aber sie müssen gleichzeitig auf die Menschen zugehen, ihre Lebenswelt wahrnehmen und ihre Ängste anhören, ihre Diskurse aufnehmen und ihnen genauso soziale wie

30 demokratische Perspektiven aufzeigen.

Drittens muss die akzeptierende Jugendarbeit wiederbelebt werden, und dies nicht als befristetes Sonderprogramm der Bundesregierung, sondern als Pflichtaufgabe für jede Kommune. Die akzeptierende Jugendarbeit wird schon viel zu lange als „Glatzenpflege auf Staatskosten“ denunziert. Statt die rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendlichen auszugrenzen, müssen Sozialarbeiter genau dort dahin gehen, wo die neonazistischen Kader ihren Nachwuchs

35 rekrutieren und beide voneinander trennen.

Es wird höchste Zeit. Beschränkt sich die Politik hingegen weiter auf symbolische zivilgesellschaftliche Sonderprogramme und gelegentliche öffentliche Empörung, dann gewinnt die rechtsextreme Szene weiter an Einfluss, die Milieus weiten sich aus, die Gewalttaten nehmen weiter zu - und der Kampf gegen die NPD ist verloren.

Christoph Seils; Schluss vom Text 5 des Readers zur Klausur 2

TEXT 2

40 Ostdeutschland fehlt ein allgemeingültiges Wertefundament. Westdeutschland, also die ehemalige BRD, hat immerhin das Grundgesetz; und wenn man im Mai dessen 50. Geburtstag feiert, wird der Osten etwas unbeholfen dabeistehen. Die westdeutsche Gesellschaft vergewisserte sich ihrer Werte in einem langem Prozeß selbst. Die Wiederbewaffnungsdebatte, die Proteste gegen die Notstandsgesetze, die 68er etwa wirkten prägend. Die Westdeutschen haben gelernt, Konflikte zu benennen - und sind sich einig über die Regeln, nach denen sie dann
45 ausgetragen werden. Die Westdeutschen haben sich Überzeugungen demokratisch erstritten, die allgemein anerkannt sind. Jedenfalls muß jeder, der dem Wertekonsens widerspricht, mit Mißbilligung oder auch Ausgrenzung rechnen. Im Westen verbietet schon die Political Correctness offenen Fremdenhaß. In Ostdeutschland dagegen ist Toleranz kein Wert an sich.

In der DDR hat es ein kritisches Gespräch der Gesellschaft mit sich selbst nicht gegeben, eine demokratische
50 Öffentlichkeit fehlte. Was es gab, war die offizielle Linie, die sozialistische Moral. Die Bindewirkung von Religion und milieubezogenen Konventionen hatte die SED bewußt zerstört, hatte das Bildungsbürgertum und den Mittelstand bekämpft. Als schließlich 1989 mit der Mauer das marxistische Wertesystem zusammenbrach, war nichts mehr da, was die Lücke hätte füllen können.

[...]

55 Am 4. November 1989 kam rund eine Million Menschen - freiwillig! - zur berühmten Demonstration auf dem Alexanderplatz. Sie forderten freie Wahlen, den Rücktritt der Regierung, die offizielle Zulassung von Oppositionsgruppen. Einen Monat später bildeten Hunderttausende Ostdeutsche Menschenketten quer durch "ihre Republik" - die alte Phrase der SED stimmte mit einem Male wirklich. Die DDR-Bürger waren nun echte Bürger geworden.

60 Anders als die 40 Jahre zuvor herrschte am Ende der DDR Pluralität, und nun war Toleranz wirklich wichtig. Nationalisten und Rechtsextremisten gingen ebenfalls auf die Straße, und damit bekam das bisher dogmatische Bekenntnis zum Antifaschismus einen ganz anderen Stellenwert.

Politische Gewißheiten gab es nicht mehr, man suchte tastend nach der Zukunft: Wiedervereinigung oder Föderation zweier eigenständiger Republiken, Marktwirtschaft oder demokratischer Sozialismus? Ein Verfassungsentwurf
65 entstand. Alles war offen. Die Opposition zerstob in alle Richtungen, weil die SED als der bisher einigende Gegner weggefallen war. Die ostdeutsche Gesellschaft war im intensiven Selbstgespräch, ordnete sich, fragte nach Grundwerten.

Fünf Monate lang - bis zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 - war die DDR spannend. Mit Lothar de
70 Maizière an der Spitze gewann die "Allianz für Deutschland" aus der alten Blockpartei CDU und den konservativen Neugründungen DSU und Demokratischer Aufbruch - ein Produkt der CDU-Strategen aus dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Nun war klar: Es gibt eine schnelle Wiedervereinigung, das nähere regelt eine Verordnung.

Am 3. Oktober wurde das bewährte westdeutsche Grundgesetz dann in seinem Geltungsbereich erweitert. In alle
Bereiche Ostdeutschlands wurde die westliche (Rechts-)Ordnung übertragen. Jede kritische Frage stand unter dem Generalverdacht, die DDR verteidigen zu wollen. Wenn gestritten wurde, dann um den Rechtsabbiegepfad an der
75 Ampel und nicht über Vor- und Nachteile des Berufsbeamtentums. Stets reagierte der Westen unwirsch und ungeduldig. Er glaubte immer, alles schon diskutiert zu haben, was die Ostdeutschen beschäftigte - sollen sie doch gefälligst nachlesen!

Wegen der schnellen Wiedervereinigung bleibt Distanz

Die neue staatliche Ordnung wurde von der ostdeutschen Gesellschaft nicht im erstrittenen Konsens anerkannt. Der
80 Westen bot etwas an und erwartete - guten Gewissens - Zustimmung und Freude. Der zu Wohlstand gekommene Patenonkel schenkte den armen Verwandten feierlich ein neues Auto. Die Beschenkten nahmen es gern, doch richtig stolz darauf konnten sie nicht sein. Ihre Wertschätzung wäre größer, hätten sie es sich selbst erarbeitet, das Geld selbst mühsam zusammengespart. Und hat der Onkel bei der Übergabe nicht verächtlich auf den guten, alten Trabi geblickt?

Die ostdeutsche Gesellschaft hat 1990 ihre Werte nur übernommen und bis heute eine Distanziertheit zu ihnen. Sie
85 bleiben letztlich doch die Werte des Westens. Natürlich gibt es viele Ostdeutsche, die Bürger- und Menschenrechte schätzen und verteidigen. Und vielleicht gibt es im Westen nicht viel mehr solcher Leute - aber dort haben sie die Öffentlichkeit unumstritten geprägt. In Ostdeutschland jedoch brach der Prozeß des (Er-)Streitens mit der Wiedervereinigung ab, noch bevor jemand die begründete Meinungsführerschaft hätte erringen können. So tritt der verhängnisvolle Effekt ein, daß Politiker-Aufrufe zu Toleranz oder Multikulturalität irgendwie nach westdeutscher
90 Siegermoral klingen und wie zu DDR-Zeiten seltsam und künstlich wirken. Sie sind entwertet dadurch, daß sie in den Augen der ostdeutschen Bevölkerung nur einer fremdbestimmten und offiziellen Linie zu entsprechen scheinen. In Ostdeutschland wäre es im Dezember 1992 nicht möglich gewesen, daß sich wie in München oder Hamburg Hunderttausende zu Lichterketten versammeln. Noch drei Jahre zuvor, während der fünf Monate bürgerlicher

Selbstbestimmung am Ende der DDR, war dies anders. [...]

95 Toralf Staud; aus Text 4 des Readers zur Klausur 2

TEXT 3

Es wäre nun gewiss zu simpel gedacht, alles Missbehagen am Zustand unserer Politik pauschal auf das Konto des Parteienstaates zu buchen. Der Reformstau in unserem Land (und in manchen anderen europäischen Ländern) hat auch andere Ursachen. Gerade in einer Gesellschaft, in der viele schon vieles erreicht haben - Verbände wie Individuen -, nimmt die Bereitschaft zu einer Veränderung fast naturgemäß ab. Besitzstände wollen verteidigt werden, notfalls zu Lasten anderer - etwa die Besitzstände der Arbeitsplatzinhaber zu Lasten derjenigen, die nach Arbeit suchen. Jedes Regulierungssystem neigt zur lähmenden Perfektion, jede Bürokratie zur Wucherung, jede einmal errungene politische oder wirtschaftliche Machtposition zur Verfestigung. Am Ende kommen politische Entscheidungen (oder bloße Anpassungen) kaum noch zustande dank vorausschauender Planung aus der Mitte des politischen Systems, sondern Politik vollzieht sich fast nur noch als Folge externer Schocks.

[...]

Als Ergebnis liest sich der Paragraph 1 des Parteiengesetzes heute wie folgt:

"(1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.

(2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen."

Man muss diese Rhetorik einmal konzentriert auf sich wirken lassen: Eine "obliegende" und "verbürgte Aufgabe", "Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens", "insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung", "politische Bildung anregen und vertiefen", "befähigte Bürger heranbilden", "für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen" - dabei entsteht geradezu zwangsläufig ein Bild der "mündigen Parteien", denen der unmündige Bürger gegenübersteht. Oder mit den Worten von Wilhelm Hennis: Man "sieht im Geiste eine etwas dusselige Bevölkerung, die von ihren im *ständigen Einsatz* befindlichen *Hinführern*" auf den Pfad politischer Bildung und Tugend gebracht wird. Das politische Deutschland - eine ewige pädagogische Provinz."

In gewisser Weise hat sich in Deutschland also der Obrigkeitsstaat in den Parteienstaat verwandelt, der auf dieser skizzierten geistigen Grundlage ausgebaut wurde, zu Lande, zu Wasser und in der Luft: das aufwändige Ensemble von staats- und steuergeführten Parteien, von staatsfinanzierten parteinahen Stiftungen (von den Staatsgeldern für die Fraktionen ausnahmsweise nicht zu reden), der Wahlkampfkostenerstattung; die gesicherten Einflusszonen in der politischen Bildung, den öffentlich-rechtlichen Medien und in anderen öffentlichen Einrichtungen. Selbst wenn den Parteien eines Tages noch mehr Mitglieder und Wähler abhanden kommen sollten - die Apparate stehen mental, rechtlich und finanziell so verfestigt im Raum, dass sie noch eine ganze Weile vor sich hin klappern könnten. Sie können sich also sehr wohl von der Bewusstseinslage der Wähler abkoppeln, obwohl dieser immense Aufwand doch nur dazu betrieben wird, "eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen" zu sichern.

Noch einmal: Das Problem besteht nicht darin, dass - während im Osten Deutschlands bis 1989 die "Diktatur des Proletariats" herrschte - im westlichen und vereinigten Deutschland nun eine "Diktatur der Parteien" das Volk schmerzlich knebelte und überforderte. Das Problem besteht vielmehr darin, dass die Politik der Parteien die Wähler regelrecht unterfordert. Und es besteht darin, dass neben den allmächtig-ohnmächtigen Parteien kaum anderes politisches Gras wachsen kann, wenn man einmal die Verbände für einen Augenblick beiseite lässt. Mit den Parteien geht wenig - und neben den Parteien gar nichts. Was also wäre zu tun, um der nachhaltigen Kolonisierung der Politik durch die Parteien entgegenzuwirken?

keine Autorenangabe; aus Text 2 des Readers zur Klausur 2